

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtransportgebühren. Die Postbestellung ist zu empfehlen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Postboten und andere Annehmlichkeiten zu jeder Zeit. Bei Abnahme von mehreren Exemplaren sind besondere Bedingungen entgegenzunehmen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder des Bezugspreises. — Wiederverkauf einzelner Exemplare ist untersagt, wenn Porto befreit.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2 gespaltene Zeile im letzten Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Druck- und Anzeigenkosten werden nach Möglichkeit ermäßigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Anzeigen wird durch die Anzeigergebnisse über den Erfolg der Anzeigen mitgeteilt. Jeder Anzeigergebnis ist ersichtlich, wenn der Betrag durch die Anzeigergebnisse über den Erfolg der Anzeigen mitgeteilt wird. Anzeigen nehmen alle Verordnungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 33 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Sonnabend, den 8. Februar 1930

## Das alte Bild.

Ein merkwürdiges Denkmal. — Das „Sanktionsrecht“.  
Ein „Antipreußengefchwader“.

„Begriff“ ich wohl, als sonst in Menschenköpfen,  
Nicht sich in diesem Kopf die Welt“ ... Anders,  
steht zwar in Schillers „Don Carlos“ geschrieben, ist also  
sehr weit mehr als hundert Jahre alt, hat aber an  
Nichtigkeit und Berechtigung nicht das geringste eingebüßt,  
wenn man fühlende „Köpfe“ auf ihren hierauf bezüglichen  
Geisteszustand untersucht. Ohne daß man nun sich ein-  
bilden mag, selbst die Weisheit und die Wahrheit in Erb-  
pacht genommen zu haben, darf man sich ein erhebliches  
Kopfschütteln leisten z. B. darüber, daß nicht bloß etwa  
Privatleute, sondern hochsitzliche Persönlichkeiten es mit  
fertig bekommen haben, den Mann zu feiern, der mit  
seinen Pistolenschüssen die Lavine des Weltkrieges  
gesetzt hat. Jedem stochte der Kiem, als die Kunde kam,  
daß ein Serbe, ein gewisser Princip, in Serajevo den  
österreichischen Thronfolger und seine Gemahlin ab-  
geschossen hatte; die Bestialität dieser Tat wurde zum Auf-  
stößel dessen, was natürliche Folge jenes 28. Juni 1914 ge-  
worden ist. Immerhin ist ja Europa „an manches ge-  
wöhnt“, was sich dort unten im Balkan ereignet; lange  
Jahre hindurch hat sich z. B. England gewiegelt, in Bel-  
grad einen Polizeistat zu lassen, als König  
Alexander und seine Gemahlin auf bestialische Art um-  
gebracht worden waren, und der Mitwisser und Mitnichter  
dieser Tat den Serbenthron bestiegen hatte. Als aller-  
dings die Antideutschen und die antiosterreichischen Pläne  
deselben Englands es empfahlen, hat König Eduard VII.  
sehr bald auch den Weg nach Belgrad wiedergefunden.  
Sein Geist hat mit wohlwollendem Lächeln es begrüßt,  
daß dem Urheber des Weltkrieges eine Gedanktafel ge-  
widmet werden dürfe, obwohl eine solche — wirklich gar nicht  
unwürdig sein dürfte, weil das, was die Pistolenschüsse von  
Serajevo auslösten, aus dem Denken der gegenwärtigen  
und der kommenden Generation sicherlich nicht schwinden  
wird. Aber das zu Jugoslawien, zum „Kriegsgewinnler“  
gewordene Serbien mag seine „Großtät“ feiern. Andere  
um es ja auch, mit demselben geringen Verdienst. Und  
nur deswegen, weil fremde Hilfe ihr wohlverdientes  
Schicksal wendete.

Gerade jetzt, da in Deutschland der Kampf um die  
Annahme oder Ablehnung des Young-Plans entbrannt  
ist, muß ein Augenblick lang auch wieder an die  
Urprünge des fürchterlichen Weltgeschehens gedacht  
werden. Im Reichstag hat ja der bayerische Minister-  
präsident Held daran gerührt und die erfreuliche Erklärung  
des deutschen Reichsfinanzministers hervorgerufen, daß er  
niemals, auch nicht mit dem Young-Plan, einen Vertrag  
mit unsern Gegnern aus dem Weltkrieg unterschreiben  
würde, wenn dabei die „deutsche Schuld am Krieg“ die  
tatsächliche oder ideale Grundlage abgibt. So ist und  
bleibt — was auch bei den innenpolitischen Auseinander-  
setzungen nicht vergessen werden sollte, übrigens auch bei  
dem besonders unfruchtbaren Polenvertrag zu beachten ist —  
auch der Young-Plan nur Ausfluß gegebener Tatsachen.  
Das gilt auch für das „Sanktionsrecht“, über das  
in diesem Plan lediglich Äußerungen deutscherseits und  
französischerseits vorliegen. Bei dem Kampf gegen seine  
innenpolitischen Gegner soll ja der französische Minister-  
präsident erklärt haben, daß Frankreich nach wie vor das  
Recht aus dem Versailler Vertrag besitze, bei einem fest-  
gestellten Bruch des Young-Planes durch Deutschland zu  
den selben „Sanktionen“ zu schreiten, wie sie 1923 durch  
Poincaré ausgeführt wurden. In Deutschland bestritten  
man das Bestehen eines derartigen „Rechts“. Und wenn  
das Verlangen laut wird, hierüber eine wirkliche Klarheit  
zwischen den an dieser strittigen Frage Beteiligten herbei-  
zuführen — schon deswegen, weil die These aufgestellt  
wurde, auch Polen könnte „als Ständiger Deutschlands“  
eventuell das Recht der „Handlungsfreiheit“ geltend  
machen —, so wäre eine solche Klärung vor allem auch  
darum zu begrüßen, weil man deutscherseits eine wirkliche  
„Liquidierung“ des Weltkrieges und seiner Folgen an-  
strebt und das gleiche auch von der Gegenseite verlangt.  
Leider aber maßt sich in noch allzu vielen Köpfen die Welt  
ganz anders.

Wieweil allerdings wurden durch eigene Landstente  
diese Köpfe ein wenig zurechtgerückt. Bekanntlich spielt der  
neugebante deutsche Panzer auf der Londoner  
Seeabrüstungskonferenz eine große, für Deutschland  
überraschende Rolle. Als mit bedeutlichem Kopfwandeln  
darauf verwiesen wurde, die Schnelligkeit dieses Schiffes  
sei so groß, daß es jedem Panzerschiff oder Schlachtschiff  
von überlegener Kampfkraft mühelos entgegen könnte.  
wurde von einem klaren denkenden, offenbar auch etwas  
sarkastisch veranlagten Kopf erwidert, es sei ja schließlich  
nicht Aufgabe eines Kriegsschiffes, nur den Hauptwert  
darauf zu legen, möglichst schnell — ausstreifen zu können.  
Es also wie der „Kavalier“ zu halten, der „wie wegläuft“,  
höchstens dann, wenn er sich in Gefahr befindet, dann aber  
„schnell“. Trotzdem will Frankreich, wie es auf der Lon-  
doner Konferenz erklären läßt, ein „Antipreußenge-  
schwader“ von acht Panzerkreuzern bauen, die noch ein-  
mal schneller, noch ein bißchen größer, noch ein bißchen

## 700 Millionen Fehlbetrag für 1930

### Der Reichsfinanzminister fordert unbedingte Deckung

Berlin, 7. Februar. Wie die Telegraphenunion erfährt,  
ist der Reichsfinanzminister entschlossen, kein Defizit im Haushalt  
für 1930/31 zuzulassen. Er hält dies für unbedingt erforderlich,  
um die Möglichkeit zur Konsolidierung der schwachen Schulden-  
last zu erhalten und überhaupt die finanzielle Bewegungsfreiheit  
des Reiches zurückzugewinnen. Diese Auffassung hat der Minister,  
wie aus Regierungskreisen verlautet, in der Freitagbesprechung  
mit den Parteiführern mit allem Nachdruck vertreten. Der augen-  
blickliche Fehlbetrag im Reichshaushalt setzt sich etwa wie folgt zu-  
sammen:

einem Fehlbetrag in Höhe von 154 Mill. für das Rech-  
nungsjahr 1928/29, 450 Mill. Mark, die für die Schulden-  
bedeckung erforderlich sind, 250 Mill. Mark, die zur  
Abdeckung der Mindereinnahmen der Arbeitslosenver-  
sicherung erforderlich sind

sowie verschiedenen kleinen Posten, unter denen die Ausgaben für  
die Kriegensurrogate sich auf 95 Mill. Mark belaufen. Hingegen kommt  
noch, daß außer diesen Fehlbeträgen auch bei den laufenden Ein-  
nahmen des Reiches mit Mindereinnahmen zu rechnen sein wird  
und zwar bei Steuern und Zöllen mit 223 Mill., bei der Post et-  
wa 7 Mill., sowie mit weiteren Ausfällen bei der Kapitalver-  
mögenssteuer in Höhe von 42 Mill. Mark. Im Reichshaushalt 1930  
wird somit ein Gesamtbetrag von 1,2 Milliarden Mark abgedeckt  
werden müssen. Die dem Betrag steht vorläufig nur eine Minde-  
rung der Ausgaben nach dem Youngplan von 700 Mill. Mark  
gegenüber, so daß nach den Berechnungen des Reichsfinanzmini-  
steriums ein Mindestbetrag von 470 Mill. als Fehlbetrag übrig  
bleibt, für den Deckung gesucht werden muß.

Dem Vernehmen nach hofft die Reichsregierung, beim Wehr-,  
Verkehrs- und Arbeitsministerium zusammen 100 Mill. einsparen  
zu können, so daß eine Summe von 370 Mill. aufzubringen bliebe.  
Zur Abdeckung dieses Betrages sollen 180 Mill. Mark durch eine  
Erhöhung der Biersteuer um 50% und durch Wiederheraushebung  
der Umsatzsteuer um 1% auf 1% weitere 190 Mill. heringeholt  
werden. Für den noch Anstand der Regierung unwahrscheinlichen  
Fall, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer abgelehnt wird, soll eine  
Verdoppelung der Biersteuer verlangt werden, die dann einen  
Mehrerlös von 360 Mill. bringen würde. Da dies jedoch einen  
Rückgang des Bierkonsums zur Folge haben dürfte, müßte in die-  
sem Falle noch die Weinsteuern wieder eingeführt sowie endlich  
durch Erhöhung der Kaffee- und Teesölle ein Mehrerlös von  
50 bis 60 Mill. heringeholt werden.

Im Reichsfinanzministerium sieht man auf dem Standpunkt,

kampfkraftiger und als der deutsche Panzerkreuzer  
„Preußen“, der nachgerade die Rolle eines modernisierten  
„fliegenden Holländers“ übernehmen kann, allerdings  
ohne als Valand draußen an irgendeiner Küste die Liebe  
einer Senta zu finden! Immer nur deswegen, weil sich  
eben dort in den Köpfen der Welt im allgemeinen und über-  
„Preußen“-Deutschland im besonderen ganz „anders“  
maßt.

Man redet so viel über die Notwendigkeit, daß die  
Gegner von einst sich besser kennenlernen sollen, tut auch  
manches nach dieser Richtung hin, um die Bilder, die in  
den Köpfen der andern sind, mehr mit der Wirklichkeit  
übereinstimmend zu übermalen —, aber im großen und  
ganzen und allzuoft bleibt das alte Bild immer noch be-  
stehen. Dr. Fr.

## „Eine Unehrllichkeit ersten Ranges!“ Ministerpräsident Held begründet seine Haltung gegen den Youngplan.

Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages  
nahm Ministerpräsident Dr. Held zu längeren Ausführungen  
über den Young-Plan, die Reichsfinanzreform und zur Rech-  
fertigung seiner Stellungnahme im Reichstag das Wort. Er  
erklärte u. a. eine Revisionsklausel, die Deutschland  
ein Recht einräumt, besetze nach dem Haager Abkommen nicht,  
und er werde die Furcht nicht los, daß eines Tages in Zu-  
sammenhang mit dem Moratorium die Frage der Sank-  
tionen auftauchen könne. Er lege auf dem Standpunkt,  
daß Deutschland nicht in der Lage sei, die im Young-Plan  
übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. An eine Durch-  
führung des Young-Planes könne erst herangegangen werden,  
wenn im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden  
Ordnung geschaffen sei. Deshalb seien

bindende Zusagen für eine Reichsfinanzreform  
unbedingt nötig, ehe die Unterbreitung des Young-Plan ab-  
gegeben werde. Wenn er alle Verpflichtungen, die zu erfüllen  
seien, zusammenfasse, so sehe er bei bestem Willen nicht, wie  
Deutschland den Haager Vertrag erfüllen solle. Wenn eine  
solche Erfüllung aber nicht möglich sei, so werde das in einer

daß diese Steuer nicht ohne Weiteres als Mehrbelastung der  
Wirtschaft angeprochen werden können, da im kommenden Haus-  
halt die Rentenansprüche um 85 Mill. Mark, sowie die In-  
dustriebelastung, die etwa 300 Mill. Mark ausmacht, um 50 Mill.  
Mark gesenkt werden sollen.

### Die „Germania“ zu den Haushalts- verhandlungen

Berlin, 8. Februar. Die „Germania“ nimmt zu den  
Richtlinien des Reichsfinanzministers für die Aufstellung des  
Reichshaushaltes ausführlich Stellung. Unter dem Hinweis auf  
die für die kommende Woche in Aussicht genommenen Bespre-  
chungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Sachver-  
ständigen der Fraktionen spricht das Blatt die Erwartung aus,  
daß diese Verhandlungen nicht etwa verschleppt, sondern unter  
starker Initiative der Reichsregierung mit der gebotenen Be-  
schleunigung begonnen und zu Ende geführt würden. Mit beson-  
derem Nachdruck habe die Zentrumspartei seinerzeit die Forde-  
rung erhoben, daß die zur Sanierung der Kassenlage unvermeid-  
lichen Steuererhöhungen noch vor der dritten Lesung der Haager  
Abkommen verabschiedet werden sollten. Es sei schwer verständlich,  
weshalb in gewissen Kreisen des Kabinetts und bei gewissen Par-  
teien gerade gegen diese Forderung Bedenken geltend gemacht  
würden. Es sei doch schließlich, ganz abgesehen vom Youngplan,  
das Gebot einer gesunden Finanzpolitik, diese Maßnahmen, deren  
Notwendigkeit und Dringlichkeit niemand verkennen könne, mit  
größter Beschleunigung zur Wirkksamkeit zu bringen, je länger sie  
hinausgeschoben würde, umso später werde es möglich sein, das  
Kassendefizit zu beseitigen und zu den heiß ersehnten Steuerer-  
höhungen zu gelangen, die doch gerade von der Volkspartei immer  
wieder gefordert würden. Die technischen Schwierigkeiten, die ihr  
vielleicht geltend gemacht werden könnten, seien nicht so groß,  
daß sie nicht überwunden werden könnten. Die entsprechenden Ge-  
setzvorlagen seien doch wohl fertig und könnten als Initiativ-  
anträge der Regierungsparteien noch rechtzeitig verabschiedet  
werden. Wenn etwa wegen des Umfangs und der Art der vor-  
geschlagenen Steuererhöhungen politische Schwierigkeiten entstehen  
sollten, so wäre das ein Grund mehr, die Gesetze noch vor dem  
Youngplan zu verabschieden, denn später würden diese Schwierig-  
keiten nur noch größer sein. Zentrum und bairische Volkspartei  
seien entschlossen, mit allem Nachdruck an ihrer Forderung festzu-  
halten, deren Erfüllung erst jene finanzpolitischen Siderungen ge-  
währe, ohne die eine Annahme des Youngplanes auf ungewisse  
und gefährliche Wege führen müßte. Die „Germania“ spricht die  
Erwartung aus, daß das Reichskabinett und vor allem auch der  
Reichsfinanzminister sich der politischen Gefahren bewusst seien,  
die eine Verschleppung der finanzpolitischen Entscheidungen über  
den Youngplan hinaus mit sich bringen müßte.

Hilfe ausgenützt werden, die das Ende [Wilm] macht  
als den Ausgang. Er müsse es als eine  
Unehrllichkeit ersten Ranges

bezeichnen, wenn die Parteien das deutsche Volk verpflichten,  
soudsoviel zu leisten, und selbst nicht dafür sorgen, daß man  
zu einer Finanzpolitik komme, die es ermöglicht, dieses Ver-  
sprechen wirklich zu erfüllen. Sehr beunruhigt sei er über  
den Gang der Saarverhandlungen. Der Minister-  
präsident schloß mit den Worten, er habe im Reichstag nicht  
mit Rein und nicht mit Ja stimmt trotz seiner Überzeugung,  
daß Deutschland die Forderungen des Haager Abkommens  
nicht erfüllen könne. Er habe diese Stellung aus Rück-  
sicht auf die gefährdete Pfalz eingenommen.

### Englisch-amerikanische Einigung.

Überraschender Vorstoß Hoovers.

Die bisher fast interesselos verlaufenden und kaum  
eine Vorwärtsbewegung zeigenden Beratungen in London  
über die Abrüstung zur See erfuhren eine überraschend  
wirkende Beleuchtung durch die in der Nacht von  
Donnerstag auf Freitag überbrachten neuen Pläne der  
Präsidenten Staaten, die direkt auf die Initiative des  
Präsidenten Hoover zurückzuführen werden. Die ameri-  
kanischen Vorschläge, die von England bereits offiziell  
angenommen sein sollen, bewegen sich nach der Richtung,  
daß beide Mächte bis 1931 ihren Schlachtschiffbestand auf  
je 15 Schiffseinheiten des Washingtoner Vertrages her-  
untersetzen.

Danach müßte England fünf große Schlachtschiffe  
und Amerika deren drei bis 1931 zur Ruhe legen und  
verschrotten. Da Amerika die 10 000-Tonnen-Kreuzer  
einweilen auf 18 herabsieht, während England 15 be-  
hält, hätte Amerika ein Mehr in dieser Klasse von 30 000  
Tonnen. Das wird ausgeglichen durch ein Mehr von  
England an kleineren Kreuzern mit einem Inhalt von  
43 000 Tonnen. Es bleibt Amerika überlassen, sich auch  
auf 15 große Kreuzer zu beschränken wie England; dann  
könnte es seine kleine-Kreuzer-Flotte auf den Stand  
der englischen erweitern. Umgekehrt würde England die  
gleiche Befugnis in der Verteilung der Kampfkraft haben.  
Die Gesamttonnage der englischen sowohl wie der ameri-  
kanischen Flotte würde etwa 1,2 Millionen Tonnen be-  
trauen. Entsprechende Vorschläge wurden den Amerikanern